

- Grüner Rechtsruck
- Arbeitslose
- Greenpeace contra Shell
- Vietnam

Sozialistische Linkspartei / SEP  
MitarbeiterInnen haben das Cover  
auf 01/524 58 10 Fax 01/523 83 11  
Kontakt: 01/524 58 10

# Zukunft statt Haider!

„Zukunft statt Sozialismus“ - mit diesem Slogan eröffnete die F den Wiener Gemeinderatswahlkampf. Doch die Zukunft, die Haider und Pawkowicz uns zu bieten haben, sieht düster aus.

von Harry Mahrer  
JRE-Wien Süd

Bei einer Wahlveranstaltung zur NR-Wahl '94 schrie uns ein RFP'ler entgegen: „Wir schicken euch noch alle ins KZ!“ Das läßt erahnen, wie diese Zukunft aussehen soll. Das Zukunftsmodell „Dritte Republik“ verspricht, mit verkrusteten Strukturen, Privilegien, Arbeitslosigkeit, etc. aufzuräumen. Haider gibt vor, durch eine „schlanke“ Regierung und die Zusammenlegung der Ämter des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers billiger, effizienter und demokratischer regieren zu können. In Wirklichkeit bedeutet das eine größere Machtkonzentration in den Händen von noch weniger Personen. Mit „Aufbrechen von verkrusteten Strukturen“ meint er die Abschaffung der Arbeiterkammer, die Einschränkung des Arbeitnehmerschutzes und der gewerkschaftlichen Tätigkeit. Da wird deutlich, auf wessen Seite er steht. Haider unterstützt die Forderungen nach Lauschangriff, Rasterfahndung, besserer Ausrüstung und mehr Personal für die Polizei. Kein Wunder, der Sicherheitsapparat ist ja auch Hochburg der rechtsextremen AUF - Kumpanen. Die starke Polizei und die Möglichkeit der totalen Überwachung passen genau in das reaktionäre Weltbild der F. Opposition soll überwacht und damit rechtzeitig ausgeschaltet werden können. Das ist die „vollkommene Demokratisierung Österreichs“, die Haider anstrebt.

### Zukunft ohne Sozialstaat

Doch auch im sozialen Bereich hat die F einiges zu bieten. Besonders bemerkenswert dabei ist die Forderung nach Zwangsarbeit für Langzeitarbeitslose. Außerdem wollen Haider

& Co. den Steuerhöchstsatz von 50 auf 40 Prozent senken, bei gleichzeitiger Kürzung des Arbeitslosengeldes, des Karenzurlaubsgeldes, der Stipendien, der Kultursubventionen, etc. Das Motto der F: „Da nehmen, wo ohnehin nicht viel ist, dafür dort geben, wo reichlich ist!“ ist nur eine Übertreibung der Regierungspolitik. „Saubere Oppositionsarbeit“, kann man da nur sagen.

### Zukunft am Herd

Auch für Frauen hat die F das passende Zukunftsmodell parat: „Hausfrauenunterricht“ im Schulwesen und im ORF ist das F-Frauenförderungsprogramm. Eine „Entlastung des Arbeitsmarktes durch Abbau der Frauenbeschäftigung“ verspricht sich Haider und will, daß Frauen ihre „Liebe zur Hauswirtschaft“ neu entdecken. So soll die „Verfügbarkeit der Mutter für Familie und Kinder“ sichergestellt werden. Das F-Frauenprogramm in Kürze: Zukunft am Herd statt Gleichberechtigung.

### Zukunft ohne Bildung

Schüler und Studenten kommen bei der F auch nicht wesentlich besser weg. Eliteschulen sollen geschaffen werden, in denen streng nach dem Leistungsprinzip aussortiert wird. In- und Ausländer sollen nach Möglichkeit in getrennte Klassen gesteckt werden. Studiengebühren gehören schon lange zum Standardrepertoire der F; wann der Numerus Clausus folgt, ist nur eine Frage der Zeit. Unter dem Deckmantel „Schulautonomie“ soll bei der Masse gespart und für einige wenige (wohlhabende) eine bessere Schule geschaffen werden. Durch die Einsparungen sinkt die Qualität des Unterrichts und damit

auch das Bildungsniveau aller, die sich eine teure Privatschule nicht leisten können.

### Zukunft ohne Kultur

Ein neues Feindbild der F sind linke Kulturinitiativen. Haider und seine Recken versuchen dort, wo es solche gibt, diese in den Dreck zu ziehen und deren Subventionen zu streichen. Die Verunglimpfungen gegen Peymann und Scholten sind nur die Spitze des kulturpolitischen Eisbergs. F. Brauchtumpflege statt Kreativität und kritischer Beleuchtung politischer Ereignisse ist die Devise.

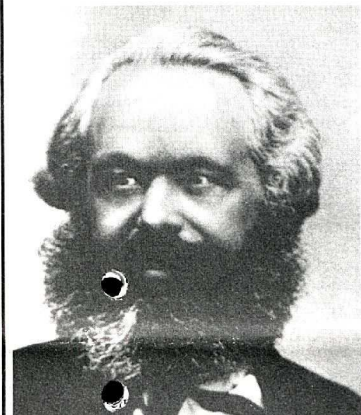
### Ausländer ohne Zukunft

Das „Ausländer-raus“-Begehren der F (vormals FPÖ) im Jänner '93 hat die Zukunftsaussichten für unsere ausländischen Kollegen im Falle einer F-Regierung schon angedeutet. Es geht zwar kaum noch schlimmer als die derzeit gültige Gesetzeslage, aber die F schafft selbst dieses Kunststück. Ein erster Schritt wäre sicherlich die strengere Exekution der Gesetze, ein weiterer eine Quotensenkung. Familienzusammenführung scheint im F-Konzept nur in eine Richtung auf - Abschiebung des in Österreich lebenden Familienteils. Weiters würden noch mehr Länder als sichere Drittländer eingestuft - etwa Tschetschenien oder Ruanda? Kriegsdienstverweigerer aus Ex-Jugoslawien würden (weiterhin) in den Krieg zurückgeschickt.

### Ohne Widerstand keine Zukunft

Ein starker F-führerstaat mit einer starken Polizei, dazu „teutsche“ Einheitskultur und schlechte Bildungschancen, gepaart mit Zwangsarbeit

Karl Marx:



spielt's nicht!

„Zukunft ist Sozialismus.“

Für Wien ohne F!

für Arbeitslose, Sozialabbau, Frauen-diskriminierung und einer Riesenportion Rassismus. So sieht der dunkelblaue Einheitsbrei aus, den die F uns für die Zukunft verspricht.

Der Wahlkampf in Wien '96 wird eine nie dagewesene Schlamm-schlacht werden, in der die F einerseits ausprobiert, wie weit sie gehen kann, und andererseits das politische Klima ein weites Stück nach rechts rücken will. Tatsächlich könnte ein F-Wahlsieg 1996 das Vorspiel zur bun-

desweiten Machtergreifung sein. Die Hände über dem Kopf zusammenzuschlagen und darauf zu hoffen, daß alles vorübergeht, hat keinen Sinn. Wir müssen uns entgegenstellen und aktiv werden - für unsere Zukunft. Unser Schlachtruf „Sozialismus statt F!“ muß in ganz Wien zu hören sein. Deshalb ist es an der Zeit, aktiv zu werden - bei VORWÄRTS.

**Nein zur 3. Republik**  
**Aktiv werden**  
**gegen F**  
**Sozialistische**  
**Politik statt Haider**

Der Standpunkt:

Gegen F hilft nur Sozialismus!



Die gute Nachricht: In Wien steht ein ideologischer Wahlkampf bevor. Die schlechte: Die einzigen, die ihn führen, sind die F-ler. Mit dem Plakat „Zukunft statt Sozialismus“ machen Pawkowicz und seine Partei einmal mehr die eigentliche Rolle deutlich. Sie sind der rechte Rambock der Unternehmer gegen Arbeitnehmerschutz- und -organisationen. Daß sie sich mit derartigen Slogans aufzutreten trauen, ist gerade auf die nichtsozialistische Politik der Wiener SPÖ - Führung zurückzuführen. Beispiele gefällig? Vizebürgermeisterin Laska meint - nachdem sie gerade die 4.000 Kinderbetreuungspatze des IKLs vernichtet hat - auf den Selbstbehalt bei Schulbuchern könne man verzichten. Denn durch die Senkung der zur Verfügung stehenden Schulbuchtitel „wären ihre Einsparungen möglich, die weit über jene kämen“, die durch den zehnjährigen Selbstbehalt heringebracht werden.“ Doch auch Gesundheitsstadtrater Rieder will sich nicht lumpen lassen. Im SPÖ - Telegramm läßt er uns wissen, wie er sich „Sparen ohne Sozialabbau“ vorstellt. Er befürwortet einen „Ambulanz - Selbstbehalt“, für die „nicht aus akut medizinischer Notwendigkeit und ohne ärztliche Zuweisung eine Spitalsambulanz beanspruchbar“ und. Bei Freizeit- und Sportunfällen soll man zukünftig zur Kasse gehen werden - über Sonderversicherungen. Beste medizinische Versorgung also nur für die, die es sich leisten können? Mit Sozialismus hat das, nach meinem Verständnis, wenig zu tun. Ebenso wenig wie die ausländerfeindlichen Meldungen von Stadtrat Hatzl. Zusammenleben der Familien sei überflüssig, Ausländerkinder, die illegal in Wien leben, gehören ausgewiesen, eine Änderung der Ausländergesetze sei nicht notwendig. Doch die internationale Solidarität! Den Vogel schloß Bürgermeister „Genosse“ Haupp selbst an. In einem Interview erklärte er, daß „speziell Peter Pilz mit seiner extremen Haltung zur Ausländerfrage, sowie zu Wirtschafts- und Sicherheitsfragen Hader in die Hände spielt.“ Was sind diese Extremismen? Liberale Ausländergesetze, ein billigen eigenen Profite für die Unternehmer und ein Nein zu polizeistaatlichen Methoden. Deswegen sollen wir die F am Hals haben? Oder ist es nicht eher so, daß nicht zuletzt wegen solcher schwachsinnigen Aussagen die SPÖ immer weniger Jungwählerstimmen bekommt? Und die Sozialabbau- und Anti-Ausländerpolitik - auch der Wiener SPÖ ist - die die Menschen zutiefst ablehnt. Politik der SPÖ hat - leider - mit Sozialismus wenig am Hut. Die der F aber sehr wohl mit Antisozialismus. Für die sozialistischen Kräfte gilt es, gerade in diesem polarisierten Wahlkampf klarzumachen, wie ein wirklich sozialistisch geführtes Team ausssehen könnte. Vom offensiven Wohnbauprogramm über Nulltarif im öffentlichen Verkehr bis zum entschlossenen Widerstand gegen die Sparpolitik des Bundes. Und wir müssen aufzeigen wie F Visionen diese Stadt in den Untergang führen würden.

Grüner Rechtsruck?

Petrovic will Vizekanzlerin werden, Pilz hat sich noch nicht zwischen dem Posten des Innenministers und des Wiener Bürgermeisters entschieden. Für viele Jugendliche, scheinen die Grünen bisher die linke Alternative zur SPÖ zu sein. Aus und vorbei?

David Mum, JRE-Wien West

Laßt einen Aussagen haben sich die Grünen aus einer reinen Oppositionspartei zu einer regierungsfähigen Projekt entwickelt. O.Ton Petrovic. Wir sind ohnehin schon derart seriös, Aktionen machen wir nur mehr dort, wo wir sonst gegen Gummimauern rennen.“ Regierungsfähigkeit wird nach allen Seiten demonstriert. Petrovic tingelte durch Westösterreich und traf sich mit Wirtschaftstreibern, um zu demonstrieren, daß sich vor deren Regierungseintritt niemand zu fürchten braucht. In dem Bereich sind die grünen Promis auch recht erfolgreich. Der Großindustrielle Macaul bescheinigte ihnen schon die Fähigkeit, einen „konstruktiven Dialog führen“ zu können.

Resultat dieses Rechtsrucks

Systemkritik ist offensichtlich veraltet. Der deutsche Grüne Fischer meint, daß der linke Antikapitalismus längst tot sei und die Grünen die Partei des liberalen Bürgertums wurden. Auch Petrovic erkennt „neue“ Zusammenhänge: „Überleben wollen schließlich auch die Unternehmer, auch die merken - anhand von Klima und anderen Umweltkatastrophen - die Bedrohlichkeit der Situation.“ Aber weder die Gefahr eines der Menschheit vernichtenden Atomkrieges hat die Rüstungskonzern der profitablen Aufrüstung abgehalten. Noch hat die durch gewinnbringende Zerstörung der Regenwälder verursachte Klimaveränderung, die früher oder später auch alle treffen wird, den Unternehmer abgeschreckt. Das grüne Streben nach einer Regierungsbeteiligung fordert seinen Preis. Dazu gehört z.B. die Beschränkung auf Politik im Parlament. Aus der Bewegung gegen das Belastungspaket haben sich die Grünen schnell verabschiedet. Peter Pilz kündigte am 28.1. noch an: „Wir sehen uns wieder bei einer großen Demonstration“

Ein paar Reformen können da nichts ändern, daher streben wir ein neues Wirtschaftssystem an: sozialistische Demokratie. Die Hebel der wirtschaftlichen Macht müssen in die Hände der arbeitenden Bevölkerung übergehen. Die Wirtschaft muß in Gemeineigentum überführt und demokratisch geplant werden, damit nach der Befriedigung von Mensch und Natur und nicht für Profit produziert wird. Durch demokratische Entscheidungen und die Abschaffung von Privilegien wird verhindert, daß das System bürokratisch und diktatorisch wird, wie der Stalinismus Osteuropas, den wir immer bekämpft haben. VORWÄRTS ist eine unabhängige marxistische Bewegung. In der Arbeiterklasse, unter der Jugend und in den Massenorganisationen der Arbeiterbewegung kämpfen wir gegen das Kapital, für jede echte Verbesserung und für die sozialistische Gesellschaft. VORWÄRTS ist Teil einer internationalen Bewegung, die in fast allen Ländern Ost- und Westeuropas und in vielen Ländern auf allen Kontinenten vertreten ist. Weltweit kämpfen wir gegen die Angriffe des Kapitals auf politische und soziale Rechte, die die Arbeiterbewegung durchgesetzt hat. VORWÄRTS-Aktivisten sind dort vertreten, wo sich Jugendliche und arbeitende Menschen für ihre Interessen organisieren. Wo wir sind aktiv in der österreichischen Aktion von „Jugend gegen Rassismus in Europa“, dem „Antifaschistischen Komitee Österreich“, dessen Gründung wir initiiert haben.

In der SPÖ kämpfen wir gegen die bürgerliche Politik der Parteilichung und für einen sozialistischen Kurswechsel. VORWÄRTS-Aktivisten treten als Gewerkschafter und Betriebsräte für eine konsequente Vertretung ihrer in- und ausländischen Kollegen ein und setzen sich gegen die Sozialpartnerschaft und für eine kämpferische Interessenvertretung ein. Mit unserer Zeitung VORWÄRTS wollen wir einen Beitrag zu einer unabhängigen Arbeiterpresse als Alternative zu den bürgerlichen Medien leisten. Sie dient der Verbreitung sozialistischer Ideen und den Informations- und Erfahrungsaustausch. Wir sind unabhängig von Parteien, Unternehmern und Inseraten. Unsere Zeitung wird ausschließlich durch unseren Mitgliedsbeitrag und Lesern finanziert. Wenn Du unsere Ideen und Ziele unterstützt, werde aktiv und mach mit bei VORWÄRTS.

Volkshochschulen kündigen Betriebsräte

Was haben Karl Falks Medienimperium und die „rote“ Wiener Volkshochschule gemeinsam? Beide kündigten in jüngerer Vergangenheit Betriebsräte.

John Evers, Mitinitiator „Aktion handeln“

Im Zuge der Einstellung des Projektes Interkulturelles Lernen - die Betreuungseinrichtung für Pflichtschulkinder und Teil des Verbandes Wiener Volkshochschule - droht nicht nur 200-300 „normalen“ Beschäftigten die Arbeitslosigkeit, sondern auch die Kfz-MitarbeiterInnen.

Von einigen IKL-BetreuerInnen erhielten wir diesen Brief: „An Euch vom VORWÄRTS! Herzlichen Dank für Eure Solidarität und die tolle Unterstützung in unserer schwierigen Lage.“



Komarovitz mit der Wirtschaft

vor dem Leben“ und „Respekt vor der Schöpfung“ argumentiert Petrovic für die Gewaltlosigkeit, richtiger für das Gewaltmonopol des Staates.

Eine Frage sollten sich die Grünen aber stellen. Zweitendort und Hainburg wurden nicht durch parlamentarische Anträge verhindert, sondern durch Mobilisierung, Demonstrationen und Aufbesetzung, die sich nicht auf das Gewaltmonopol des Staates selbstbeschränkte. Die Grünen sind mit ihrer jetzigen Linie am besten Weg, eine Partei wie jede andere zu werden, die nicht mehr Leute mobilisieren will, sondern bestenfalls versucht, diese im Parlament durch das Schließen von Kompromissen zu vertreten. Der Flügelkampf zwischen „Fundis“ und „Realos“ scheint unterschiedlich nach links abzugrenzen. Weitweise mit kruden Argumenten. Monika Langthaler sah im Anschluss an den Eberghangser Strommasten einen weiteren (1) Anschlag auf unsere Demokratie. Der Nazirassort stellt für sie, wie für Kronek/F, auf einer Stufe mit Eberghangser. Schennack schrieb: „Tablatk & Co sind ein Fall für die Sicherheitsbehörden.“ Die Parteidung wurde den Beschlüssen des Wiener Landesvorstandes unterworfen. So schnell geht das. Peter Pilz, einst selbst als Student wegen Linkslastigkeit aus dem Verband Sozialistischer Studenten ausgeschlossen, nimmt jetzt „seiner“ Jugendorganisation die Kandidatur.

Mit Formulierungen wie „Erfurcht Die Grünen waren nie eine Arbeiterpartei. Ihre Hochburgen sind vor allem in bürgerlichen Bezirken und Landesteilen (z.B. Vorarlberg). Das hat sie jetzt eingeholt. Im Gegensatz zur SPÖ müssen die Grünen auf breite Arbeitnehmerschichten in ihrer Politik viel weniger Rücksicht nehmen. In einzelnen Punkten - z.B. Kürzungen im Beamtenbereich - stehen sie schon heute rechts von weiten Teilen der SPÖ. Das könnte in Zukunft öfter passieren.



Protestaktion der IKL-MitarbeiterInnen

verschiedener Projekte und die 19%ige Kürzung des Erwachsenenbildungsbudgets. Die GPA wird als „meist bedroffene Gewerkschaft“ aufgeführt, zu handeln und Betriebsversammlungen, Information, etc., zu organisieren. Getragen wird die Aktion von Betroffenen, Betriebsräten und Gewerkschaftsmitgliedern.

VAL: Arbeitslose werden aktiv!

Offiziell gibt es in Österreich ca. 240.000 Arbeitslose. Menschen, die Arbeit suchen, gibt es weit mehr: Jugendliche, Frühpensionisten, Frauen, die nach dem Karenzurlaub keinen Job kriegen usw. Durch die Zerschlagung der Verstaatlichten, durch Verlagerung von Produktion steigt die Zahl der Langzeitarbeitslosen weiter an. Einige Selbsthilforganisationen für Arbeitslose sind daher entstanden. Eine davon ist die Wiener Arbeitsloseninitiative (W.A.I.) mit der Zeitung „Hock'n'stad“, die von Arbeitslosen gemacht und von Arbeitsämtern verkauft wird. Ein bundesweiter Dachverband aller Arbeitsloseninitiativen (VAL) ist bereits in Gründung. Wir sprachen mit Josef R.Hahn, dem Obmann der W.A.I. und Chefredakteur von „Hock'n'stad“.

VORWÄRTS: Mit welchen Problemen ist ein Langzeitarbeitsloser in erster Linie konfrontiert?

Josef: Hauptproblem ist einmal der Verlust der materiellen Existenz, diese schaut fürchterlich aus. Leute, die früher mehr verdient haben, sacken auf ein weit niedrigeres Niveau ab (bis zu 56% des vorigen Einkommens). Das ist aber noch zu schaffen. Wir haben bei uns Leute, die nicht zucht.



Frauen sind besonders von Arbeitslosigkeit bedroht

2.300... Notstandshilfe oder mit 4.600... vom Sozialamt auskommen müssen, das ist sogar theoretisch unmöglich. Zweites Problem ist das eigene Ego, das immer weniger und beschäuder wird, weil man sich ein Stück selber immer mehr als Nichtsankt vorkommt, was man ja von Arbeitsunwillig erklärt und erhält 6 oder 8 Wochen Bezugsperiode (kein „Arbeitslosengeld“). Der Arbeitslos ist also ständig den Streif, seine „Willigkeit“ zu beweisen, da die Betreuer versuchen, ihre Kunden an den Mann zu bringen.

V: Viele Politiker bezeichnen Euch als Sozialmachorner?

Josef: Das möchte ich schärfstens zurückweisen. Schmarotzer ist nach dem Lexikon jemand, der am Alltagsmeintig mitmacht, ohne etwas dafür zu tun. Da möchte ich auf die Wirtschaft verweisen, die Schwarzarbeitler beschäftigt und die mit illegalen und legalen Mitteln Steuern hinterzieht.

V: Nutzen Arbeitsstiftungen oder Umschulungen?

Josef: Sehr wenig, es bringt ja nichts, wenn ich z.B. bald 10.000 ehemalige Konsumtmitarbeiter in eine Arbeitsstiftung stecke, wo sie 6 bis 10 Wochen auf irgendein Wissensgebiet



wirklich werden und dann erst keinen Job finden. Das frustriert natürlich. Es gibt nun mal für die 240.000 offene Arbeitsplätze nur rund 23.000 offene Arbeitsplätze. Man kann keinen Apfel auf zehn Teile teilen und sich dann beschweren, wenn keiner satt ist.

V: Wie steht Ihr zu den Gewerkschaften?

Josef: Ich hege ernste Zweifel, daß die Gewerkschaften unsere Interessenvertretung sind. Bevor wir auf den Plan getreten sind, war ohne Übertreibung bei fast keinem Gewerkschaftsfunktionär von Arbeitslosigkeit die Rede. Das ist ja das Problem, wenn wir einen „rot“ besetzter ÖGB haben, dessen oberster Chef auch Abgeordneter der Regierungspartei ist. Da er immer das Problem, wer ist stärker: I oder 1 (der Gewerkschaftsfunktionär oder der SPÖ-Abgeordnete). Er kann dadurch die Interessen der Menschen nicht

ÖGB ist tafelnlos

Die „ersten Zweifel“, die Kollege Hahn gegenüber dem ÖGB hegt, sind verständlich. Erst seit kurzem können Arbeitslose ÖGB-Mitglied werden. „Arbeitslosigkeit“ wird zwar bei 1.Mai-Ansprachen beklagt, doch der ÖGB verfügt völlig bei der wirklichen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Es wurde vom ÖGB besser arbeiten können, liegt am bürokratischen ÖGB-Apparat und der zahllosen ÖGB-Politik. Doch die Arbeitsloseninitiativen haben ein Recht auf die Gewerkschaft - aber auch die Aufgabe gemeinsam mit oppositionellen, linken Gewerkschaftsgruppen die Gewerkschaft zu verändern.

Der ÖMVI - eine aussterbende Art?



gegebenenfalls das Arbeitsinspektorat über Verstöße zu informieren. Die Vertreter von Offensiv nehmen ihre Aufgaben im Betriebsrat ernst - deshalb ist das Management und der Betriebsrat gezwungen, sich ernst zu nehmen. Deshalb wächst auch die Unterstützung der Kollegen für eine aktive Betriebsratspolitik, die eindeutig und kompromisslos für die Arbeitnehmerseite eintritt.

Das Arbeitsinspektorat

Die Aufgabe des Arbeitsinspektorates ist die Einhaltung von Vorschriften, die meist zum Schutze der Arbeitnehmer gedacht sind, zu überprüfen. Den Unternehmern und der Bundeswirtschaftskammer ist diese Institution natürlich ein Dorn im Auge. Vielen Aufgaben kann das Arbeitsinspektorat aus Personalnot nicht nachkommen. Im Koalitionsüberein-

Kurz & Bündig

Was heißt das S in SPÖ? S wie Schüler! Nicht nur, daß Laska Einsparungen bei den Arbeitsbüchern möchte, weil sie glaubt, daß diese unzweckmäßig sind, hat sich die SPÖ jetzt endgültig von der „Grattischschulbuchaktion“ verabschiedet. Jetzt will sie die „Schülerbibliothek“. Das ist nichts anderes als die von ÖVP geforderte Schülerleide.

Neuer Angriff auf Ladenschlußzeiten BWK-Präsident Maderthaler fordert wieder einmal die Liberalisierung der Öffnungszeiten. D.h.: Noch schlechtere Arbeitszeiten für die Beschäftigten im Handel, in Folge höhere Preise für die Konsumenten. Unterstützt wird er von LIF und der ÖVP. Maderthaler versucht in seiner Argumentation, die Schuld für wirtschaftlichen Probleme der Gewerkschaft und ihrer „fundamentalistischen Haltung“ in die Schuhe zu schieben.

Doppeladler am Donauinsfest Mit einem Stand unter einer Doppeladlerfahne war das „84er-Schützenkorps“ am diesjährigen Donauinsfest in Wien vertreten. Offensichtlich hat die SPÖ als Veranstalter des Festes keine Berührungspunkte. Der Verein über sich selbst: „wird in der Öffentlichkeit für wehrhaftes Gedankengut eingetretet“, „Wiederverbreitung von kulturellen und militärischen Traditionen“, „Der Schießsport, kommt nicht zu kurz“, „Vorstrafrecht und Zivilvidnen“ werden jedoch aus prinzipiellen Erwägungen nicht aufgenommen“.

Das Grausen der JES

Nach der in Wien stattgefundenen Free-Party empörte sich die Junge Europäische Studenteninitiative (JES) in einer Presseausendung: „Jeder vernünftige Österreicher muß sich mit Grausen abenden“. Die elitäre und extrem-konsequente Organisation wendet sich gegen die öffentliche Unterstützung und fordert „alle vernünftigen Österreicher auf, sich diese „Auswüchse unserer Gesellschaft nicht weiter bieten zu lassen.“

Solidarität mit dem Chef

In der Sommerausgabe der ÖGB-Zeitung „Solidarität“ gibt es einen Artikel über die Arbeitsbedingungen der Stubenmädchen im Hotel Imperial. Der Autor Heinz Pivonka erklärt uns zwar, daß die Arbeit der Stubenmädchen sehr anstrengend ist, meint aber dann völlig kritisch, daß es „in der vergangenen Rezession ein wirtschaftliches Erfordernis war, Personal einzusparen.“ Die Beschäftigten klagen nun über vermehrten Streik, aber für Pivonka ist offensichtlich nur wichtig, daß sie eine „positive Einstellung“ haben.

# Hat Greenpeace die Lösung?



Millionen Menschen verfolgten voll Sympathie, wie kurz vor Sommerbeginn der Ölnulti „Shell“ von der Umweltschutzorganisation „Greenpeace“ in die Knie gezwungen wurde. Ein Politiker nach dem anderen beugte sich, auf den fahrenden Zug aufzuspringen, um auch als Unterstützer der Aktionen gegen den Ölkonzern zu gelten. Hat Greenpeace den Schlüssel zur Rettung des Planeten in der Hand?

von David Mum, JRE-Wien West

Mit der Verhinderung der Versenkung der Ölplattform Brent Spar kapituliert sich die Greenpeace aus einer handfesten internen Krise. Zahlreiche Mitglieder hatten sich wegen undemokratischer Strukturen (profil 26/95: Wer am meisten einzahlt, hat am meisten mitzureden) und mangelnder Aktionismus von der Organisation abgewandt. Die Luft schien draußen zu sein. Mit der jetzigen Vorgangsweise griff die Greenpeaceführung auf ihren Wurzeln zurück. Mit möglichst spektakulärer, medienwirksamer Konfrontation vor Ort wurde die Öffentlichkeit damals in den 70er Jahren wachgerüttelt und

denn schon, daß sich an Bord der Plattform 130 Tonnen Giftschlamm, dazu 30 Tonnen radioaktiver Müll, 50.000 Kubikmeter verschmutztes Wasser, chlorhaltige Substanzen und Schwermetalle, wie Quecksilber und Blei befanden? Durch das Bekanntwerden dieser Schweinerei und Boykottaufrufe, die in Deutschland zu Umsatzeinbrüchen von 20 bis 50% führten, wurde der Multi in die Knie gezwungen. Ein Erfolg - ohne Zweifel. Auch wenn bei näherem Hinsehen nicht alles so ist, wie es präsentiert wurde. Wer wollte schon, daß ESSO - viele tankten dort, weil sie Shell boykottierten - selbst an der Plattform zu 50% beteiligt ist? Greenpeace kämpft uns darüber jedenfalls nicht auf.



Multis unter Druck gesetzt. Shell, die größte Erdölgruppe und das drittgrößte Unternehmen der Welt hatte 1994 rund 1350 Milliarden Einheiten - das Doppelte des Staates Österreich - und einen Gewinn von 100 Milliarden. Die Kosten der Entsorgung der Brent Spar auf dem Land, die 510 Millionen Schilling betragen, wollte sich der Multi durch die Versenkung ersparen. Wen kümmert es

Greenpeace ist die weltweit größte Umweltschutzorganisation. Sie wurde vor einem Viertel Jahrhundert mit folgenden Grundsätzen gegründet:  
- finanzielle Unabhängigkeit von Staat und Großspendern  
- Gewaltfreiheit, aber  
- Konfrontation bei Aktionen, die oft den Rahmen der Lega-

Ort wurden Unterschriften gesammelt, Politiker mit Anfragen eingedeckt, und Lobby- und Informationsarbeit geleistet.

### Programmatisch

Den Zusammenhang zwischen der rasant voranschreitenden Zerstörung der Erde, dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und seiner Profitlogik kann wohl kaum jemand leugnen. Greenpeace schreibt denn auch, ohne den Kapitalismus beim Namen zu nennen: „Ursache dieser Entwicklung sind Lebensstil und Produktionsweisen der Industrienationen. Unsere Wirtschaft wächst nur deshalb Jahr für Jahr, weil die Natur keinen Preis hat. ... Ein Viertel der Menschheit verbraucht drei Viertel aller auf der Erde verfügbaren Rohstoffe und Reichtümer ... Die Zerstörung scheint unausweichlich, wenn wir uns mit den Völkern der Dritten Welt nicht solidarisieren und ihnen ein vernünftiges Maß an Wohlstand ermöglichen. Das heißt, wir müssen die Reichtümer der Erde gerechter verteilen. ... Wir müssen unser derzeitiges Wertesystem überdenken. Wohlstand läßt sich nicht am jährlichen Wachstum des Bruttosozialproduktes messen.“ Doch was folgt aus all dem? ...

ist die Reichtümer haben, geben sie nicht freiwillig her. Wer von der Zerstörung redet, darf daher vom Kapitalismus nicht schweigen!  
Greenpeace setzt aber auf Umdenken... Ozonloch, Treibhauseffekt und die Rodung der Regenwälder lassen sich nur wirkungsvoll bekämpfen, wenn ganze Regierungen und multinationale Konzerne umdenken“.

### Hauptsache der Profit stimmt

Das ist illusorisch, denn die Multis schauen, daß die Bilanz stimmt, da wird man sie kaum zum Umdenken bewegen können. Deshalb sonst verlagern sie die Produktion aus Ländern mit strengen Umweltauflagen in die verarmten, denen Arbeit zwangsläufig wichtiger als eine reine Umwelt ist? Man kann zur Rettung der Erde nicht einfach den Lebensstil und das Wertesystem ändern. Die Sorge um die Umwelt ist den Menschen z.B. in der Konjunktur ein größeres Anliegen als in der Rezession, wo soziale Anliegen und eine gesicherte Existenz mehr Bedeutung haben. Die Fragestellung Arbeitsplätze oder Umweltschutz, die die Unternehmer so gerne stellen, kann von einer Einzelperson, die eine Familie erhalten muß, nicht so einfach mit letzterem beantwortet werden, hier gibt es kei-



ne freie Entscheidung. Das führt aber in Summe zur Untergrabung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit.  
Es ist auch falsch, beim Lebensstil anzusetzen. Nicht der Wohlstand ist die Ursache der Umweltverschmutzung und Verschwendung. Auch hier ist bei der Produktion und der Marktlogik anzusetzen. Wenn z.B. Lebensmittel vernichtet werden, weil man die großen Mengen nur bei niedrigeren Preisen absetzen kann, nutzt die Selbstbeschränkung des einzelnen Konsumenten nichts. Umweltschutz erfordert nicht das Aufgeben des Wohlstandes, sondern eine andere Produktionsweise, in der nicht der Profit entscheidet, was und wie produziert wird, sondern die menschlichen Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen. Zu diesen gehört auch eine intakte Umwelt und eine Lebensqualität.

### Der einzelne Unternehmer wird nicht umdenken

Hier fehlen die Antworten. Die Umweltschutzorganisation will die Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft durch Information der Öffentlichkeit unter Druck setzen. Aber dadurch alleine kann dies nicht geschehen, und dadurch läßt sich auch noch kein anderer Wertesystem erreichen. Für den einzelnen Unternehmer führen die Sachzwänge des Marktes zu der Wertigkeit, daß alles, was Profit bringt, gut ist. Das kann auch nicht anders sein, ohne die dem Kapitalismus zugrundeliegende Profitlogik zu durchbrechen. Selbigen gilt für die ungerechte Reichtumsverteilung. Die, die

ne freie Entscheidung. Das führt aber in Summe zur Untergrabung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit.  
Es ist auch falsch, beim Lebensstil anzusetzen. Nicht der Wohlstand ist die Ursache der Umweltverschmutzung und Verschwendung. Auch hier ist bei der Produktion und der Marktlogik anzusetzen. Wenn z.B. Lebensmittel vernichtet werden, weil man die großen Mengen nur bei niedrigeren Preisen absetzen kann, nutzt die Selbstbeschränkung des einzelnen Konsumenten nichts. Umweltschutz erfordert nicht das Aufgeben des Wohlstandes, sondern eine andere Produktionsweise, in der nicht der Profit entscheidet, was und wie produziert wird, sondern die menschlichen Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen. Zu diesen gehört auch eine intakte Umwelt und eine Lebensqualität.  
Wenn man den Menschen die materielle Sicherheit gewährleistet, kann

bei gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung die Produktion sinnloser Güter eingestellt werden. Technische Innovationen, die der Markt nicht fördert, weil sie Profite kürzen würden, könnten umgehend eingeführt werden. Z.B. Ersatz des Benzins bei Autos, etc. wäre schon längst möglich, aber die Ölmultis haben die Patente aufgekauft, und so die Einführung umweltschonender Technologien verhindert, weil das den Ölmitsatz und damit ihren Gewinn senken würde.

### Arbeitsmethoden im Wandel

Die spektakulären Aktionen, die am Anfang standen, wurden mehr und mehr durch andere Dinge „erweitert“. Dazu gehören wissenschaftliche Studien, chemische Analysen, breite Information und neuerdings „Positive Projekte“ und „Umwanderung“ der Industrie.  
Positivprojekte sollen beweisen, daß Technologie auch umweltfreundlich sein kann, wenn sich die Industrie weigert, diesen Wandel durchzuführen. So hat Greenpeace mit einer österreichischen Firma ein Kühlsystem entwickelt, das ohne ozon- oder klimaschädigende Substanzen auskommt, dessen Realisierbarkeit davor von der Wirtschaft in Abrede gestellt wurde. Auch auf Verhandlungen mit der Industrie wird gesetzt. „Wir wollen durch Aktionen die Industrie unter Druck setzen, aber gleichzeitig auch verhandeln“, meint der designierte Geschäftsführer von Greenpeace International. Der ehemalige Manager der 1989 zu Greenpeace Deutschland wechselte, führte dort diese Praxis schon ein: Greenpeace Deutschland sitzt schon lange mit der Industrie am Verhandlungstisch.

### „Professionalisierung“ der „Non Profits“

Wie in vielen anderen Organisationsnetzen wird unter dem Schlagwort „Professionalisierung“ auch ein moderaterer, rechnerischer Kurs eingeleitet. Die Greenpeace zerbricht sich teilweise auch den Kopf um Probleme, die andere lösen sollen. So wurde seitens der Umweltschutzorganisation für Shell die beste Verwertungsmöglichkeit für die Ölplattform gesucht, und es wurden Aufträge und Offerte eingeholt. Ein weiterer Bestandteil der „neuen“ Strategie ist „die Umwandlung der Chefetagen“. Durch den Kauf von Aktienpaketen in der Öl-, Chemie-, und Energiebranche, aber auch durch das gezielte Ansprechen „ökologischer“ Manager sollen die Aktionärsversammlungen mit Umwelt-Themen beschäftigt werden.

Abseits statt Absetzung Au freikaufen? - statt Regenwaldzerstörer bekämpfen, Regenwald kaufen? - statt Bosse bekämpfen, selbst einen werden? Dem liegt der Glauben zugrunde, man könne das kapitalistische System mit seinen eigenen Waffen schlagen. Die Logik basiert auf dem Gedanken, daß in der Marktwirtschaft alles käuflich ist, also auch die Umwelt. Man kauft den Konzernen einfach die Umwelt ab. Oder wie im Fall von Greenpeace ein Mitspracherecht in

bestimmten Gremien.  
Resultat: die Umweltzerstörer machen aus dem Umweltthema auch noch einen Gewinn. Mehr als symbolischen Charakter können derartige Projekte nie erreichen.  
Organisationen, wie der World Wild Life-Found, die sich auf solche Aktionen beschränken, haben weder einen systemverändernden Anspruch, noch kämpfen sie gegen die Entscheidungsträger von Politik und Wirtschaft an. Mit dem alleinigen Zweck bzw. Aktionsradius Spenden zu sammeln und Reserve zu erhalten, haben die Unterstützer eventuell ihr Gewissen befriedigt, ohne jedoch der Umwelt reell geholfen zu haben, bzw. diverse Prominente können sich durch Spenden ein grünes „Image“ geben, ohne mit irgendetwas in Konflikt zu geraten, was sich bei konsekutivem Umweltschutz nicht vermeiden läßt.

Systemkritik solcher Umweltschützer ist meist nicht vorhanden und wenn, dann meist reaktionär. Ökologischer Umbau wird mit einem völlig illusorischen Zurück in bereits vorindustrielle Zeitalter gleichgesetzt, an der Ressourcenverschwendung ist nicht die marktwirtschaftliche Profitlogik, sondern der Wohlstand der Masse der Bevölkerung schuld.  
„Professionalisierung“ der „Non Profits“

Wie in vielen anderen Organisationsnetzen wird unter dem Schlagwort „Professionalisierung“ auch ein moderaterer, rechnerischer Kurs eingeleitet. Die

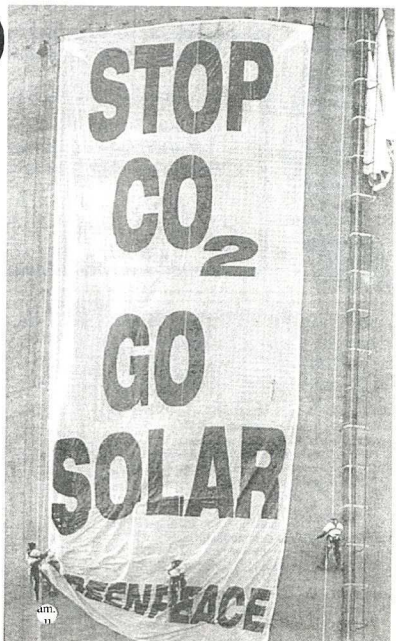


er stößt bei vielen Aktivitäten auch auf Ablehnung. In vielen sogenannten „Non-Profit“-Organisationen wurde im Zuge von Reformen, wirtschaftliches Denken eingeführt, das so wirken, daß auch hier gewinnorientiertes Denken und Handeln eingeführt wird.  
Die von der Organisation erbrachte Leistung soll möglichst effizient hergestellt und das Leistungsangebot auf das Wesentliche reduziert werden. Sie der kapitalistischen Marktprinzipien auch in diesem Bereich? Vermehrtes Augenmerk wird dem

„Marketing“ und „fund raising“, d.h. der Geldbeschaffung gewidmet. Das führt dann auf dazu, daß der Präsentationsform der Organisation, ihrem Erscheinungsbild nach außen - zu Lasten ihres eigentlichen Zweckes - zu viel Gewicht beigemessen wird, oder, daß man sich auf „akzeptierte“, mehrheitsfähige Dinge beschränkt.  
Auch Umweltschutzorganisationen stehen vor diesem Dilemma und müssen sich entscheiden. So finden die „Anti-Walfang“-Kampagnen breite Zustimmung und können den Spendenfluß deutlich erhöhen. Andere Thematiken (z.B. Einschränkung des Autoverkehrs) freuen sich weniger Beliebtheit, sind aber oft wichtiger, weil hier erst das Bewußtsein einer Änderung geschaffen werden muß, auch wenn man bei Teilen der Bevölkerung „aneckt“.

### Massenmobilisierung fehlt

Spektakuläre Aktionen gegen Multis und deren Ausbeutungsmethoden brauchen vor allem Greenpeace viel Unterstützung - gerade bei kleinen Arbeitnehmern und Jugendlichen. Greenpeace hat so erhebliche finanzielle Ressourcen (ca. 2,8 Milliarden im Jahr) mit denen es einen gewaltigen Apparat aufrecht erhält: über 1.100 Hauptamtliche in dreißig nationalen Büros. Die Arbeitsweise und der Bekanntheitsgrad von Greenpeace beweisen auf der einen Seite, daß man als straff organisierte Gruppierung einiges bewegen kann. Durch erfolgreiche Massenmobilisierung konnte ein Multi wie Shell gestoppt werden. Auf der anderen Seite gibt



## Studenten werden als Spenderkeller eingesetzt:

# Ich war dabei!

„Haben sie zwei Minuten Zeit für Umweltschutz?“ Wer kennt sie nicht, die freundlichen jungen Leute von Global 2000, Tierschutzorganisationen (...), die auf der Straße stehen, oder von Tür zu Tür gehen. Über die Praxis dieser „politischen Werbetätigkeit“ interviewten wir Karin (Name geändert). Sie war dabei.

V: Karin, für welche Organisation waren Sie tätig?  
K: Nach außenbin trat ich für den Arbeiteranruferbund auf. Es hätte aber genauso Global 2000, das internationale Tierschutzwerk etc., sein können. In Wirklichkeit war ich nämlich freie Mitarbeiterin einer professionellen Agentur namens „Fleischkraut Datenmanagement“, die den Auftrag hat, Spenden für solche Organisationen zu kellen.  
V: Wie sieht dieser Auftrag aus?  
K: Die genauen Vereinbarungen waren natürlich nicht offiziell. Aber aus dem internen Ablauf kann man folgendes schließen: Es besteht eine Abmachung zwischen z.B. dem ASB und dieser Firma, daß Leute, die mit dem ASB nichts zu tun haben, im Auftrag dieser Firma im Namen des ASB Spenden kellen sollen.  
V: Wie sah das genau aus?  
K: Wir gingen in ASB-Uniformen, mit ASB-Ausweisen ausgestattet, von Tür zu Tür, appellierten an das „soziale Gewissen“ und ersuchten um finanzielle Unterstützung. Dafür gab es drei Möglichkeiten: Daueraufträge, Einmalzahlungsaufträge, regelmäßige Spenden per Zahlschein. Der Punkt war, daß natürlich nur ein Bruchteil der Spenden der „gemein-

ten“ Organisation zufließt. Der Kellerer und die Kellerfirma schneiden mit gewaltigen Provisionen mit.  
V: Wie hoch sind diese Provisionen ungefähr?  
K: Auf jeden Fall weit über 50% des „Auftrags“. Wobei den Löwenanteil die „Firma“ bekommt.  
V: Was sind die jeweiligen Beweggründe der Leute? Warum bist du „kellen“ gegangen, warum nicht der ASB so etwas und warum spenden die Menschen?  
K: Man kann sehr viel Geld dabei verdienen: bis zu 40.000,- Monat. Dabei kann man sich vorstellen, was erst diese Kellerfirmen verdienen. Der ASB macht das, weil es für ihn eine bequeme und lukrative Art ist, zu Geld zu kommen. Organisationen wie der ASB oder Global 2000, die einmal den Anspruch gehabt haben, politisch und gesellschaftsverändernd zu sein, haben sich total angepaßt. Sie agieren selbst wie normale Unternehmen, die ein Produkt oder eine Dienstleistung verkaufen. Demensprechend skrupellos finanzieren sie sich: Nach dem Kosten-Nutzen-Prinzip. Betrogen wird dabei der Spender, meist „kleine“ Leute, deren ehrliche, soziale Gefühle mißbraucht werden.

VORWÄRTS die sozialistische Zeitung gegen Sozialabbau und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung - für Sozialismus!

Das neue VORWÄRTS kann man jetzt noch leichter abonnieren. Einfach Karte ausfüllen, Marke drauf und ab die Post!

Ja, das neue VORWÄRTS gefällt mir, deshalb möchte ich:

- Fine Probennummer gratis!
- Ein VORWÄRTS-ABO für:
  - 5 Nummern zu öS 50 (inkl. Porto)
  - 10 Nummern zu öS 100 (inkl. Porto)
- Ein VORWÄRTS-FÖRDER-ABO für:
  - 5 Nummern zu öS 100 (inkl. Porto)
  - 10 Nummern zu öS 200 (inkl. Porto)

Ich interessiere mich für die aktive Arbeit von VORWÄRTS und möchte:

- Ich möchte bei VORWÄRTS mitmachen.
- zu Veranstaltungen eingeladen werden
- VORWÄRTS zum Weiterverkaufen (Bezahlung folgt nach dem Verkauf)
- Ich interessiere mich für Eure Materialien (Broschüren, Bücher, T-Shirts, ...)

**Dafür kämpft VORWÄRTS:**

- ★ Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!
- ★ 13.000,- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!
- ★ Einen garantierten Ausbildungsstellen für jeden und demokratische Schulen!
- ★ 30 mt Wohnraum für jeden, Mieten bis max. 10% des Nettoeinkommens!
- ★ Rigorose Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen.
- ★ Drohen Unternehmer mit Arbeitsplatzabbau, müssen sie entgegen werden!
- ★ Gegen die Diskriminierung von Frauen; gleiche Rechte in allen Bereichen!
- ★ Schluß mit Sozialabbau und Privatisierungspolitik!
- ★ Kein Ausverkauf der Verstaatlichten!
- ★ Keine Stimme für die bürgerlichen Parteien! Schluß mit der Zusammenarbeit mit den Unternehmern!
- ★ Nein zur Sozialpartnerschaft und jeder Koalition zwischen SPÖ und ÖVP, FPÖ und Liberalen Forum!
- ★ Wählt die SPÖ, um den Bürgerblock zu verhindern!
- ★ Kampf für eine sozialistische Politik in Betrieb, Ausbildungsplatz, Gewerkschaft und SPÖ! Vergrößerung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung!
- ★ Facharbeiterlohn für Funktionäre, um bürokratische Ausschüsse zu verhindern!
- ★ Ein sozialistisches Europa als erster Schritt zu einer neuen Weltordnung!

**Kompromis**

Das erste halbe Jahr ist vorbei und wir haben insgesamt immerhin 42,2% unseres Zieles erreicht! Im Juni haben wir mit öS 18.215.700 unser Ziel zu 62% erreicht. Herausragend waren vor allem unsere jungen Genossinnen, die auf dem Donausseefest unsere jungen Genossen, Regen mit enormem Enthusiasmus besetzten und insgesamt fast 85.000 - Kampffonds machten. Jetzt aber kommt der Sommer. Viele unserer Verkäuferinnen sind auf Urlaub. Aber Du bist da und denkst Dir, daß Du auch einmal VORWÄRTS verkaufen möchtest. Daß Du Leute kennst, die sich ebenfalls für unsere Zeitung interessieren und daß Du selbst einmal mit uns über unsere Ideen diskutieren möchtest.

Nichts leichter als das. Du nimmst den Telefonhörer in die Hand, wählst 0222/597 0432 und schon bist Du bei uns. Natürlich machen wir auch im Sommer natürlich die APZ, Es gibt weiterhin Veranstaltungen, Zeitungsverkauf und Diskussionen. Und wir freuen uns schon auf Deine Teilnahme!

**KampffondsAktuell**

**43,2%**

30/05	30/06	30/07	30/08	30/09	30/10
-------	-------	-------	-------	-------	-------

**Termine**

- 11. Juni 1995: **Jugend gegen Faschismus** in der **Neustadt** diskutiert "Was tun gegen rechte Bombenterror?"
- 11. Juli 1995: Die **JRE-Wien Nord** beschäftigt sich mit "Sozialismus für Anfänger"
- 12. Juli 1995: "Gehen die Grünen nach rechts?" fragt sich **JRE-Wien West**
- 12. Juli 1995: Die **JRE-Wien Süd** schaut sich den Film "Wahrheit macht frei" an.
- August 1995: "Gewerkschaften und Antifaschismus" diskutiert **JRE-Wien Ost**

**VORWÄRTS Shop**

Texte von und über Leo Trotzki

der VORWÄRTS-Klassiker jetzt neu aufgelegt um nur öS 30 inkl. Porto gleich bestellen!

VORWÄRTS - Was wir wollen  
66 Seiten, 40 öS  
Gegen Nazis T-Shirt  
weiß Leder XL, öS 120,-  
Gib a Nazis Buttons öS 15,-  
Materialliste öS 10,-  
Versand erfolgt nach Einlangen des Geldes auf unserem Konto  
**PSK 8812.733**

Wo Ihr uns treffen könnt:

**Wien**  
"Uns richtet" - SozialistInnen in der SPÖ wohnen sich jeden Montag 19 Uhr 3. Zentrum Erdberg Lechnerstr.2-4

**JRE Wien Süd:**  
jeden Freitag 19 Uhr 5. "Roptank" Reiprechtstr.10/6

**JRE Wien West:**  
jeden Freitag 19 Uhr 7. Siebensterng.31

**JRE Wien Nord:**  
jeden Donnerstag 18 Uhr 45 20. Allerheiligenplatz 17 Ecke Donauinsegenstr. / Vogartenstraße

**JRE Wien Ost:**  
jeden Donnerstag 19 Uhr "ARENA" 3. Baumg.80

**Bundesländer**  
SJ WSJ Gruppe Barricade jeden Freitag, 18 Uhr Ecke Loysstr./Eisenhowerstr. Wien

Jugend gegen Faschismus/ Wiener Neustadt jeden Dienstag 18 Uhr Wiener Neustadt Nachrichten Kolonnenstr. 12, 1.Stock  
Infos zu Linz und Salzburg: 0222/59 70 432

**Spendet!**

Um unsere Ideen besser verbreiten zu können, brauchen wir mehr und bessere Geräte. Doch die Kosten Geld! Deshalb bitten wir unsere Leser um Unterstützung. Am schnellsten geht es, wenn ihr auf unser Konto überweist, am besten gleich mit Dauerauftrag! Dankend jeder Schenkung zählt!  
**PSK 8812.733**

**Internationales**

**Brasilien's Armee gegen Streikende**  
Im Juni streikten 40.000 Arbeiter in Brasilien. Neun von elf Offiziern des Landes stehen still, allein in Sao Paulo wurden 260 Firmen gezwungen, ihre Produktion zu reduzieren oder ganz einzustellen. Die Arbeiter fordern, daß die ihnen zugesagte Lohnerhöhung von 12% auch ausbezahlt wird. Die brasilianische Armee kam den Unternehmern schnell zu Hilfe - die Armee besetzte 4 Raffinerien, um die Produktion wieder in Gang zu bringen. Jene die im Unrecht sind, werden vom Staat geschätzt!

**Nein zur EU**  
So wie Österreich sich auch Schweden mit Anfang des Jahres der EU beigetreten. Die drastischen Sparmaßnahmen und die steigende Arbeitslosigkeit führten nun aber dazu, daß über 62% der Bevölkerung gegen die EU sind. Aber den Sozialdemokraten ist das egal. Daher hat sich für die europäische Parlamentswahl im September eine Oppositionsliste gebildet.

Die Liste „EU-Gegner gegen Kürzungen“ oder auch „Liste für Gerechtigkeit“ ist eine Wahlplattform von sozialistischen Organisationen, Oppositionelle aus der Sozialdemokratie und Gewerkschaften aus verschiedensten Berufen wie Stahlarbeiter, Autoarbeiter, Bergarbeiter und Öffentlich Bediensteten sowie Vertretern der Schillergewerkschaft. Forderungen sind unter anderem - ein Ende der Kürzungen, - 6-Stunden-Arbeitszeit, - Facharbeiterlohn für Politiker, - Verteidigung des Asylrechts - den EU-Austritt Schwedens  
Als Ziel haben sich die Initiatoren wie z.B. der Arbeiterverband Offensiv - die schwedische Schwerezeitschrift von VORWÄRTS - gesetzt, „an die ganze Arbeiterbewegung zu appellieren, gegen die Diktatur des Marktes zu kämpfen“.

**Wirtschaftsboom nach EU-Nein**  
Ein Nein zur EU würde das Ende für Österreichs Wirtschaft bedeuten - das war eines der Hauptargumente der EU-Befürworter. Daß diese Aussage ebenso falsch ist wie die anderen Behauptungen. „Alles wird billiger und „Es wird keine Steuererhöhungen geben“, zeigt das Beispiel Norwegen. Dort ging die Abstimmung negativ aus. Und siehe da, seither boomt die Wirtschaft.

**Streik gegen Privatisierung**  
Auch in Frankreich soll auf Teufel komm raus privatisiert werden. Zum Beispiel die Bahn. Da aber spielen rund 40.000 Eisenbahner nicht mit und gingen Anfang Juni dagegen auf die Straße. Denn eines haben sie gelernt - Privatisierung bedeutet Personal Kürzungen und Abbau von betrieblichen Sozialleistungen. Und das wollen sie sich nicht gefallen lassen.

**Vietnam: Der späte Sieg der USA**

Vor 20 Jahren verließen die letzten US-Soldaten vietnamesischen Boden. Die größte Militärmacht der Geschichte hatte eine Niederlage erlitten. Heute öffnet sich Vietnam auch dem US-Kapital und orientiert sich mehr an Marktwirtschaft als an Ho Chi Minh.

1945 hatten die USA aus taktischen Überlegungen den von der Kommunistischen Partei dominierten vietnamesischen Widerstand ermutigt, die japanische Armee aus dem Land zu vertreiben. Daraus entstand, sehr zum Mißfallen der USA, ein Befreiungskrieg, der mit dem Rückzug Frankreichs 1954 endete. Die KP kontrollierte den Norden, die USA erriechte im Süden Vietnams ein Marionettenregime.

Nach dem Abzug der US-Truppen hatte das Regime eine staatlich kontrollierte Planwirtschaft aufgebaut, ähnlich ihrer Unterstützerin, der UdSSR. Die Zahl der Arbeitslosen fiel auf 10%. Die Kindersterblichkeit war vergleichbar mit der in westlichen Ländern. Doch alle Entscheidungen wurden von oben herab gefällt. Kritik wurde schwer bestraft.

Mit dem Zusammenbruch der UdSSR und der Wende zur Marktwirtschaft sah sich die Führung der vietnamesischen KP gezwungen, ihre Strategie zu ändern, da der wichtigste Wirtschaftspartner abhanden gekommen war. Schon 1986 begannen sie, ausländische und private Investoren zu fördern. Im Februar 1995 eröffnete die USA ein diplomatisches Büro in Hanoi, womit 20 Jahre totalen politischen und wirtschaftlichen Boykotts ein Ende fand. Ausländische Investitionen nehmen zu; wöchentlich werden 2 Niederlassungen von US-Firmen er-



Der Kapitalismus ändert nichts an der Armut

Konzerne fordern eine noch schnelleren Aufhebung der verbleibenden staatlichen Kontrollmöglichkeiten und Einschränkungen der Gewerkschaftsrechte. Für die Industrieländer kommt der Kurswechsel Vietnams wie gerufen. Die Lohnkosten der „Asiatischen Tigerländer“ werden ihnen zu hoch - in Vietnam aber sind sie noch niedriger. Aber auch die „Tigerländer“ selbst beginnen Produktionsstätten auszulagern - z.B. nach Vietnam. Der freie Markt bietet sich ebenfalls, für ihn - oft sinnlos aber teuren - Plünder loszuwerden.

**Weltbankterror gegen Bolivien**

Daß Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) keine Politik im Sinne der Armen machen, ist bekannt. In Bolivien aber führten die von der Regierung geplanten Kürzungen, die auf IWF-Plänen basieren, zu Protesten der Bevölkerung und Repression des Staates.

Bolivien ist ein Land mit großen wirtschaftlichen Problemen. Für den Rohstoffexporteur bedeutete der Verfall der Rohstoffpreise in den 80er Jahren einen starken Einbruch. Das führte zu einer Staatsschuld, die über 100% des BSP betrug. Für viele Teile der Bevölkerung bedeutet das: die Säuglingssterblichkeit liegt bei 9,2%, die Arbeitslosigkeit ist offiziell 20% und der Lebensstandard ist sehr niedrig. Aber das kümmert weder Regierung, noch IWF und Weltbank. Sie planen eine Reihe von Maßnahmen, die die Situation noch verschlechtern würden. Kern sind Privatisierung, eine neoliberalere Politik im Sinne der Reichen und eine "Bildungsreform" deren Ziel die Zerschlagung des lan-



Präsident Sanchez de Lozada

desweitlen Bildungssystems und die politische Kontrolle über die Lehrer ist. Vor 10 Jahren waren 70% der Größe Teil privatisiert.

Der Kampf „Gegen die 3 Gesetze des Bösen“, wie die Maßnahmen genannt werden, begann. Vor allem die Lehrer waren aktiv. Der Staat regierte Mitte April mit der Verhängung des Ausnahmezustandes und Massenverhaftungen. Bereits am 22. März wurden Vilma Plata und Gonzalo Soruco, beide führende Aktivisten der Lehrgewerkschaft von La Paz, bei einer Demonstration verhaftet. Aber es gab weiterhin Demonstrationen, Straßenblockaden und vor allem einen Generalstreik. Anfangs nur von der POR, einer trotzkistischen Organi-

**VORWÄRTS Jugend und Kultur**

**Krieg der Antikörper gegen Fettzellen Tank girl**

Im Kampf gegen die Fettzellen ist eine neue Waffe hinzugekommen. In „täglich alles“ wird sie angriffen, denn „harnrückige Fettpösterchen an Bauch, Hüften und Oberschenkeln werden auch diesen Sommer wieder so mancher Frau mehr Frust als Lust am neuen Bikini bescheren.“

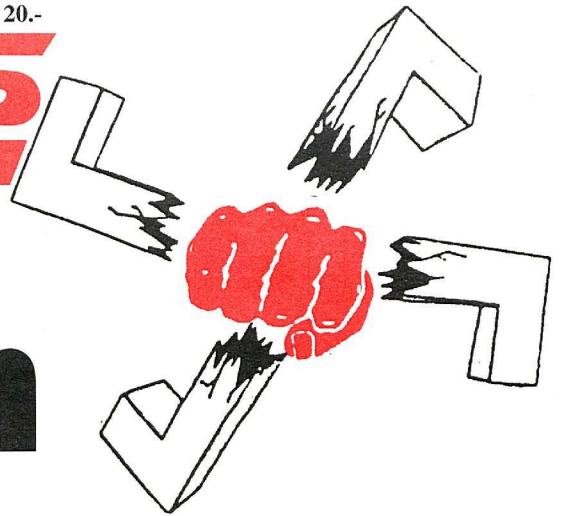
Doch Forschung sei Dank, denn die lieben Forscher haben sich erbart und möchten Frauen von ihrem Frust erlösen. Und zwar mit einer „einfachen und schmerzlosen“ Injektion, mit der gentechnisch hergestellte Antikörper ins Gewebe gepumpt werden, die Fettzellen aufspalten und zerstören. Erprobt wurde das Ganze immerhin schon in der Landwirtschaft bei Schweinen und Kühen, um mageres Fleisch zu erzeugen. Jedemal vor Sommerbeginn soll unser schlechtes Gewissen aktiviert werden. Strafe Oberschenkel strahlen von Plakatwänden entgegen, wie als Vorwurf der eigenen Unvollkommenheit. Die Models werden immer dünner und jünger und die neue Sommermode im Girly-look

gestopft. Und diese Tortur, um einem Bild von einer Frau zu entsprechen, das so unrealistisch ist und so wenig mit dem wirklichen Leben zu tun hat, daß der Kampf um die Schönheit ein aussichtslos bleibt. Aber genau daraus wird Profit geschlagen in einem Wirtschaftssystem, das den Frauen die angebliche Gleichheit vorgaukeln will. Frauen sollen sich anscheinend mehr mit ihrem Körper als mit anderen Dingen beschäftigen. Denn wer den Kopf voll hat mit Kalorienabtaben, Diätregeln (jeden Bissen 20x kauen, schluckweise 3 l Mineralwasser trinken, nach 17 Uhr nichts mehr essen etc.) und Fitneftips ("Wenn Sie auf die Straßenbahn warten - 30x die Pobacken zusammenkniffeln - das macht sie rund und schlank"), der kommt nicht so leicht auf den Gedanken, das herrschende, profitorientierte Schönheitsideal anzuzweifeln - und auf die Idee, die Maßregeln mit den dazugehörenden Zahlen 90-60-90 inklusive Slim-Fast auf den Müll zu werfen.

Seit einigen Wochen läuft in Österreichs Kinos "Tank Girl!". Der Film, basierend auf einem US-Comic, dürfte Kultstatus erlangen. Rasant, witzig bis skurril und ein Schuß Gesellschaftskritik - so lautet die Erfolgswerbung. Handlung hat der Streifen zwar wenig, kann das aber mit phänomenalen Dialogen, bissigem Witz und großartigem Soundtrack mehr als wettgemachen. Nun zur Handlung: Tankgirl, eine Freundin und ein paar Mutanten kämpfen mit Tanksalven, spitzer Zunge und Köpfchen gegen das Böse der Welt. Das Böse der Welt: "Water and Power" und Männer. "Water and Power" ist ein Firmenimperium, das das Monopol auf Wasser innehat und brutalst vereidigt. Am Ende siegen Tank Girl/Co gegen den Kapitalismus. Alles in allem ein großartiger Film, den man unbedingt gesehen haben sollte - auch als Mann. Resumee: Nur nicht ernst nehmen!  
Harry Mahrer; JRE-Wien Süd



Riesengewinne mit dem Schlankheitswahn



# Nein zum Lauschangriff!

**Großer Lauschangriff, Rasterfahndung, verdeckte Ermittlung, Kronzeugenregelung - mit dem Vorwand "Briefbombenterror" versucht Österreichs Polizei, auch im Sicherheitsbereich europareif zu werden. Aber sind die geplanten Maßnahmen wirklich gegen die Attentäter gerichtet?**

von Michael Bonvalot,  
JRE Wien Nord

Die Koalition soll nach dem Vorschlag der SPÖ bereits im Herbst eine Reihe schwerer Eingriffe in die Privatsphäre der Bevölkerung durchsetzen. Applaus kommt naturgemäß von Rechts. F-ührer Haider prescht schon seit längerem in diese Richtung vor. Unterstützung gibt's auch vom rechten Flügel der ÖVP mit Andreas Khol als Gallionsfigur. Ihnen sind die Maßnahmen noch zu wenig weitgehend, beide fordern schon seit längerem z.B. auch das Vermummungsverbot, fast schon regelmäßig schreit Haider nach einem KPÖ-Verbot.

## Großer Lauschangriff

Unter dem Vorwand, die Jagd nach den Bombenattentätern zu ermöglichen, soll eine klare Einschränkung der Freiheit jedes Einzelnen vorgenommen werden. In Deutschland gibt es diese Möglichkeit schon lange. Wohl im Zuge des Schengener (Sicherheits-)Abkommens der Kern-EU-Staaten - übrigens unterschrieben von Minister „Liberalo“ Einem - sollen die Polizeistaatsmethoden auch hier Gesetz werden. Vor allem der große Lauschangriff und die Rasterfahndung bedeuten für jeden die Gefahr, im Polizeinetz hängen zu bleiben. Laut einer Studie aus den USA müssen für einen einzelnen Verurteil-

ten 77,5 Personen über acht werden, die nichts mit dem jeweiligen „Fall“ zu tun haben. Diese Zahl gilt übrigens für „gewöhnliche Kriminelle“, bei politischen Attentätern gestaltet sich die Suche noch weitaus schwieriger. Selbst Kriminalisten schätzen den Wert des großen Lauschangriffs sehr gering ein, vor allem, weil sie im konkreten Briefbombenfall ja keine Ahnung haben, wen sie überwachen sollten. Im übrigen hat die Polizei in Österreich das Mittel des Lauschangriffs bereits jetzt teilweise zur Verfügung.

## Rasterfahndung

Ein Beispiel zur Rasterfahndung: Als Ende der 70er Jahre die Hetze gegen angebliche oder tatsächliche RAF-Aktivisten in Deutschland ihren Höhepunkt erreichte, wurde in Frankfurt eine Wohnung ausgehoben. Dazu mußten 18.000 Frankfurter Bürger penibel überprüft werden. Verschiedenste personenbezogene Daten wurden übereinandergelagert und EDV-mäßig ausgewertet. D.h., daß für das Ausheben einer Wohnung 18.000 Menschen durch den Computer gejagt wurden und ihr Privatleben ausespioniert wurde.

## Und was ist mit den braunen Zellen?

All die vorgeschlagenen Mittel werden in der Bekämpfung der Naziter-

roristen kaum weiterhelfen. Dazu bedürfte es anderer Maßnahmen. Wie wäre es, die braunen Zellen in Stapo und Alarmabteilung (WEGA) auszuheben? Die Terroristen sind gut informiert über interne Vorgänge der Stapo - von wo haben sie dieses Wissen? Es ist bekannt, daß die VAPO Informanten im Polizeiapparat hatte, wer sagt, daß die Briefbombenattentäter nicht auch in der Polizei vertreten sind? Immer wieder tauchen Informationen über Nazis im Polizeiapparat auf. Und gerade diesen Leuten will man noch mehr rechtliche Mittel in die Hand geben?

Tatsächlich dienen diese Maßnahmen zur EDV - mäßigen Erfassung und Ausspitzelung der Bevölkerung und vor allem der im linken Lager politisch aktiven Leute. Die verdeckte Ermittlung wird dazu dienen, daß linke politische Gruppen - dann auch rechtlich legitimiert - von Stapo-Spitzen durchgesetzt werden können.

## Gewinner sind die Naziterroren

Eines der Hauptanliegen sämtlicher Rechtsextremisten ist der starke (Polizei-) Staat. Riesenschritte in diese Richtung - in einem Klima der Verunsicherung - passieren jetzt - die Attentäter haben Teile ihres Ziels erreicht. Historische Beispiele für diese Taktik gibt es viele, wir erinnern uns an das Bekanntwerden der Gladio-Affäre: In fast allen europäischen Ländern wurden von den USA und der jeweiligen Regierung durchwegs mit Rechtsextremen und ehemaligen Nazis besetzte Spezialeinheiten gegründet, um im Falle des linken Wahlsieges rechtzeitig putschen zu können. In Italien ist Gladio vor al-

**Kombiniere:  
Lauschangriff nützt  
den Rechten!**



lem in Verbindung mit dem rechten Terror in Erscheinung getreten, dutzende Tote (z.B. in Bologna) waren die Folge. Die folgende Destabilisierung hat zum "starken" Staat geholfen, der Terror des Staates und der Rechten war also erfolgreich.

Hingegen werden Linke und der bürgerliche Staatsapparat immer gegeneinander stehen. Die Rechte kann sich mit dem Staat aussöhnen, sogar die Nazis konnten ihn für ihre Zwecke übernehmen. Doch zwischen Menschen, die das kapitalistische System und seinen Herrschaftsapparat durch eine neue Gesellschaftsordnung ersetzen wollen, und dem bürgerlichen Staat kann es zu keiner Einigung kommen, daher werden alle staatlichen Maßnahmen vor allem gegen Linke verwendet werden.

## Opposition aufbauen!

Die Verschärfung von Polizeigesetzen findet derzeit in ganz Europa statt. In Großbritannien z.B. werden durch die „Criminal Justice Bill“ massiv Möglichkeiten zur Aussageverweige-

rung eingeschränkt. Bereits vor einigen Jahren wurden die Befugnisse des Sicherheitsapparates erheblich ausgeweitet. Verhaftungen ohne Haftbefehl wurden dadurch möglich. Mehrere Unschuldige wurden mit Hilfe der erweiterten Möglichkeiten zu langjährigen Haftstrafen verurteilt (verfilmt in „Im Namen des Vaters“). Erst nach einer jahrelangen Kampagne wurden die Verurteilten freigelassen. Heute organisiert die sozialistische Organisation „Militant Labour“ in ganz Britannien Aktionen und Demonstrationen gegen die Einführung der „Bill“.

Dem Beispiel gilt es auch bei uns zu folgen: Jeder, der heute den Angriffen der Regierung zustimmt, unterstützt damit indirekt die Ziele der Attentäter. Wir wollen keinen starken Staat, der letztlich den Rechten nützt, sondern eine starke aktive sozialistische Bewegung aufbauen, um eine Politik durchzusetzen, die nicht dem Umfeld der Attentäter nützt, sondern der Mehrheit der Bevölkerung in diesem Land - den Jugendlichen und den arbeitenden Menschen.

## Demo gegen Bomben

**Wien - Am 21. Juni demonstrierten trotz starken Regens etwa 300 Jugendliche gegen den Briefbombenterror! Die Demo kam bei der Bevölkerung sehr gut an - viele applaudierten, manche schlossen sich dem von JRE und VORWÄRTS organisierten Protestmarsch an.**

**Du willst bei VORWÄRTS mitmachen? Ruf uns an: 0222/ 597 0 432**